

[View this email in your browser](#)

RT-ZA Infos zu Zentralamerika

Nr. 3 2022

1. Regional
2. Nicaragua
3. Honduras
4. Guatemala
5. El Salvador

Für den Newsletter anmelden? Feedback und Anregungen?

Gerne an: koordination@rt-za.de

1. Regional

Tagung: Am 30. Mai findet in Stuttgart die Tagung "Politische Umbrüche in Lateinamerika" statt. Die Evangelische Akademie Bad Boll lädt zu einer Präsenzveranstaltung mit mehreren Diskussionsrunden zu den aktuellen Herausforderungen für die Regierungen in Chile, Honduras und Mexiko. [Hier zur Anmeldung](#)

Regionales journalistisches Projekt: Fünf Medien aus Mittelamerika und Mexiko haben sich zur [Redacción Regional](#) zusammengeschlossen. Diese Medienallianz wird zu den Themen Gewalt, Ungleichheit, Korruption und Menschenrechte in Mesoamerika recherchieren. [Das erste Projekt, República Finquera](#), befasst sich mit dem Abbau der zentralamerikanischen Rechtsstaatlichkeit und dem zunehmenden Autoritarismus in der Region. Die erste Recherche im Rahmen dieses Projekts [erzählt die Geschichte der Gründung von Nuevas Ideas](#), der Partei des salvadorianischen Präsidenten Nayib Bukele.

2. Nicaragua

Ausstellung gegen das Vergessen in Köln: Die Ausstellung „AMA y No Olvida“ besteht aus 80 Fotos, Plakaten und Biografien von Opfern staatlicher Gewalt in Nicaragua. Der Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Köln-Corinto e.V. zeigt diese Ausstellung gemeinsam mit der „Initiative Menschenrechtstadt Köln“. Die Ausstellung findet vom 24. April 2022 bis zum 28. April 2022 in der Eventhalle von KairosBlue in Köln statt. Sie ist täglich von 16 Uhr bis 19 Uhr geöffnet. [Hier zu weiteren Veranstaltungsinfos](#).

ehemaliger Botschafter von Nicaragua bei der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), [hat in sich in einer Videoschleife des permanenten Rats überraschend kritisch gegenüber der nicaraguanischen Regierung geäußert](#) und sie als "Diktatur" bezeichnet. "Die Diktatur meines Landes zu denunzieren ist nicht einfach. Aber es ist unmöglich, weiter zu schweigen und zu verteidigen, was nicht zu verteidigen ist", [sagte McFields in seiner Rede](#).

Gespräch mit Sergio Ramírez in Berlin: Der nicaraguanische Autor Sergio Ramírez wird im Instituto Cervantes am 9. Mai um 19 Uhr [an einem Gespräch](#) zu dem "Bitteren Scheitern der Revolutionen in Lateinamerika" teilnehmen. Die Veranstaltung ist kostenlos und anmeldepflichtig. [Hier zur Anmeldung](#).

UN-Resolution: Am 31. März 2022 [verabschiedete der UN-Menschenrechtsrat](#) eine Resolution, mit der ein unabhängiger Mechanismus zur Rechenschaftspflicht für Nicaragua eingerichtet wird, der das Mandat hat, Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschheit, die seit 2018 begangen wurden, zu untersuchen.

Die Verabschiedung dieser Resolution folgt [einem Appell von über 20 nicaraguanischen und internationalen Menschenrechtsorganisationen](#), darunter die Mitglieder des RT-ZA [Amnesty International](#) und Peace Brigades International (pbi). Der Appell wurde im vergangenen Monat veröffentlicht und fordert den Menschenrechtsrat dazu auf, sich verstärkt gegen Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua einzusetzen.

3. Honduras

Auslieferung von JOH: Der ehemalige honduranische Präsident Juan Orlando Hernández wurde am 21. April am Flughafen in Tegucigalpa an die US-Antidrogenbehörde DEA übergeben. Er muss sich am 22. April wegen Verwicklungen in den internationalen Drogenhandel und aufgrund von Waffendelikten vor einem Bundesgericht in New York verantworten.

Abschaffung von Privatstädten: Der honduranische Kongress hat die so genannten Arbeits- und wirtschaftlichen Entwicklungszonen (ZEDE) abgeschafft. Die ZEDE sind Gebiete des Landes, die einer besonderen Rechtsprechung unterliegen, um Investitionen anzuziehen. Das Parlament ist der Ansicht, dass die Souveränität in den besagten Gebieten an ausländische Investoren abgetreten wird. Der Kongress muss die Entscheidung in der nächsten Legislaturperiode, die im Januar 2023 beginnt, ratifizieren. Derzeit ist noch unklar, was dies für die vier bereits existierenden ZEDE praktisch bedeuten wird.

Online-Veranstaltung: Die NaturFreunde Deutschlands, das FDCL, die Honduras-Delegation und CADEHO laden am 25. April um 18.30 Uhr zur Online-Veranstaltung "Urlaub machen, wo Einheimische vertrieben werden" ein. Die Referentin Jessica Fernández (OFRANEH Europa) wird von den Konflikten beim Tourismusprojekt in der Bucht von Tela und von dem Widerstand der afro-indigenen Garífuna gegen Tourismusprojekte berichten. Die Veranstaltung findet online und mit spanisch-deutscher Übersetzung statt. [Hier zur Anmeldung](#).

Gefängnisse und des Instituto Nacional Penitenciario (INP) übernehmen soll. Diese Institutionen wurden während des Amtes von Juan Orlando Hernández militarisiert. Die Entmilitarisierung soll die erste Phase eines Reformprozesses des gesamten honduranischen Gefängnisystems sein. Die Präsidentin hat außerdem die Begnadigung von einigen Gefangenen angekündigt, um die Überlastung in Gefängnissen zu verringern.

4. Guatemala

Haftentlassung von Umweltaktivist: Der maya q'eqchi' Umweltaktivist Bernardo Caal Xol [wurde am 24. März nach mehr als vier Jahren —1520 Tagen— aus der Haft entlassen](#). Er wurde 2015 wegen schweren Raubes und schwerer Freiheitsberaubung angeklagt und 2018 zu einer siebenjährigen Haftstrafe verurteilt. [Trotz fehlender Beweise](#) wurden alle von ihm und seinen Anwälten gegen die Verurteilung gestellten Anträge vom Gericht abgelehnt. Er wurde nur aufgrund seiner guten Führung aus der Haft entlassen.

Journalismus im Exil: Am 4. April kündigte der Journalist und Fernsehmoderator Juan Luis Font [auf seinem Twitter-Account an](#), dass er das Land vorübergehend verlassen musste, nachdem das Parlament ihn strafrechtlich verfolgt hatte. Kürzlich gaben die Journalist*innen und Aktivist*innen von *Prensa Comunitaria* Lucía Ixchíu und Carlos Cano bekannt, dass sie aufgrund der Drohungen und Angriffe [seit mehreren Monaten in Spanien im Exil leben](#). Beide wurden im Jahr 2016 verhaftet. Im Jahr 2020 [wurde Ixchíu angegriffen](#), als sie mit ihren Schwestern den illegalen Holzeinschlag im Wald von Totonicapán dokumentierte. Die Procuraduría de Derechos Humanos und *Prensa Comunitaria* dokumentierten 125 Angriffe auf Journalist*innen im Jahr 2021, also durchschnittlich einen Angriff alle drei Tage.

Resolution des Europaparlaments: Das Europäische Parlament hat am 6. April eine Resolution verabschiedet, in der es seine Sorge über die Verschlechterung der Rechtsstaatlichkeit in Guatemala zum Ausdruck bringt und die Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen, unabhängigen Richter*innen und Rechtsanwält*innen sowie Journalist*innen verurteilt. [Hier zum Text auf englischer Sprache](#).

5. El Salvador

“Krieg gegen Gangs”: Der Kongress hat eine Reform verabschiedet, die die Strafen für Bandenführer auf bis zu 45 Jahre erhöht. Die Reformen sehen Haftstrafen von bis zu zehn Jahren für 12-Jährige und bis zu 20 Jahren für 16-Jährige vor. Darüber hinaus [wurde der Bau neuer Gefängnisse auf der Grundlage eines Sondergesetzes genehmigt](#), mit dem Kontrollen und Transparenzvorschriften umgangen werden können und die Enteignung von Grundstücken ermöglicht wird.

gibt [zahlreiche Berichte](#) von [willkürlichen Inhaftierungen](#) und [Misshandlungen in Gefängnissen](#). [Der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte](#) sowie [mehrere internationale NRO](#) haben ihre Sorge geäußert und faire Prozesse für die Gefangenen gefordert. Die Regierung hat bisher noch nicht angekündigt, ob der Ausnahmezustand um einen weiteren Monat verlängert werden soll.

Zensur und Verfolgung Journalist*innen: Am 5. April verabschiedete der Kongress eine Gesetzesreform, die das Zitieren von Statements von Gangmitgliedern in den Medien mit bis zu 15 Jahren Haft bestraft. Journalist*innen und zivilgesellschaftliche Organisationen [kritisierten die Maßnahme und bezeichneten sie als "Zensur"](#). Die NRO Cristosal und die *Asociación de Prensa de El Salvador (APES)* [haben eine Verfassungsbeschwerde gegen die Reform beim Verfassungsgericht eingereicht](#). Der Präsident und mehrere Abgeordneten aus seiner Partei Nuevas Ideas haben die Maßnahme [mit dem Verbot von Nazi-Symbolen in Deutschland verglichen](#).

Letzte Woche [beleidigte Bukele auf Twitter](#) den auf Gewalt spezialisierten Anthropologen und Journalisten Juan Martínez auf der Grundlage eines aus dem Zusammenhang gerissenen Videos. Martínez musste anschließend [das Land verlassen](#). Sein Bruder, der renommierte Journalist Óscar Martínez wird zusammen mit der Journalistin Gabriela Cáceres (El Faro) wegen einer Publikation mit einer Strafe bedroht, und [musste auch ins Ausland](#) fliehen. Der freiberufliche Journalist Bryan Avelar musste ebenso seine Heimat verlassen, nachdem staatliche Medien ihm vorgeworfen haben, [der Bruder eines MS-13-Mitgliedes zu sein](#) - obwohl er nicht einmal einen Bruder hat. Auf der Plenarsitzung am 19. April [verhöhnte der Präsident die bedrohten Journalist*innen](#) und ermutigte sie, im Ausland Asyl zu suchen.
